



## 5. Sitzung des Einwohnerrates

vom Freitag, 29. Oktober 2010, 20.00 – 22.05 Uhr  
Bürgerasyl

---

|                      |                     |             |                    |               |
|----------------------|---------------------|-------------|--------------------|---------------|
| <b>Vorsitz:</b>      | Cantieni            | Arthur      | SP                 | Präsident     |
| <b>Anwesend:</b>     | <u>Einwohnerrat</u> |             |                    |               |
|                      | Derrer              | Jörg        | SP                 | Stimmenzähler |
|                      | Eimer               | Claudia Pia | parteilos          |               |
|                      | Käser               | Werner      | FDP                |               |
|                      | Knecht              | Ursula      | FDP                |               |
|                      | Marty               | Franz       | CVP                | Vizepräsident |
|                      | Oster               | Rolf        | SP                 |               |
|                      | Schmid              | Werner      | FDP                | Stimmenzähler |
|                      | Ullmann             | André       | Pro Stein          |               |
|                      | Vetterli            | Ruedi       | parteilos          |               |
|                      | Weibel              | Urs         | SP                 |               |
|                      | <u>Stadtrat</u>     |             |                    |               |
|                      | Hostettmann         | Franz       | Stadtpräsident     |               |
|                      | Böhni               | Ernst       | Werkreferent       |               |
|                      | Hug                 | Beat        | Baureferent        |               |
|                      | Meile               | René        | Sozialreferent     |               |
|                      | Schilling           | Heidi       | Finanzreferentin   |               |
|                      | <u>Verwaltung</u>   |             |                    |               |
|                      | Brügel              | Stephan     | Stadtschreiber     |               |
|                      | Hirschi             | Beat        | Polizeichef/Weibel |               |
| <b>Entschuldigt:</b> | Berner              | Georg       | parteilos          |               |
|                      | Lengwiler           | Guido       | Pro Stein          |               |
|                      | Rietmann            | Katharina   | Pro Stein          |               |
|                      | Schlatter           | Richard     | Pro Stein          | Aktuar        |
| <b>Protokoll:</b>    | Vögeli              | Werner      | Protokollführer    |               |

## Traktanden

1. Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 27. August 2010
2. Wahl eines Mitgliedes des Einwohnerrates in die GPK für den Rest der Amtsdauer 2009 – 2012
3. Areal Eggli, Rückbau der Gebäude und Anlagen: Kreditantrag über Fr. 410'000
4. Erweiterung Parkplatz beim Schützenhaus, Wassertransportleitung: Kreditantrag über Fr. 30'000
5. Sanierung Grundwasserpumpwerk Etwilen und Erneuerung Wassertransportleitung ab Pumpwerk Etwilen nach Stein am Rhein: Genehmigung des notwendigen Projektierungskredits über Fr. 120'000
6. Bestattungs- und Friedhofreglement, Neufassung: Antrag auf Genehmigung
7. Regionale Jugendarbeitsstelle, Änderung der Vereinbarung: Antrag auf Genehmigung
8. Motion Marty - Einführung Tagesstrukturen an den Schulen Stein am Rhein: Gesuch um Fristverlängerung
9. Motion Marty - Ersatzlose Streichung der Gemeindezulagen für neueintretende Lehrpersonen:
10. Allgemeine Umfrage

**Einwohnerratspräsident Arthur Cantieni** begrüsst die Anwesenden, speziell das neu gewählte Mitglied Ruedi Vetterli.

Dann verweist **Arthur Cantieni** auf die zunehmenden Pendenzen. Laut Geschäftsordnung Art. 7 sind die Mitglieder des Einwohnerrates zur Teilnahme an den Sitzungen verpflichtet; Entschuldigungen sollten die Ausnahme bilden.

Nach dem Versand der Einladungen, aber noch fristgerecht ist eine Motion von Franz Marty eingegangen, welche eine ersatzlose Streichung der Gemeindezulagen für Lehrpersonen aus dem städtischen Besoldungsreglement verlangt. Diese wird als Traktandum 9 auf die Traktandenliste gesetzt. Die Einwohnerräte sind darüber orientiert.

Die abgeänderte Traktandenliste wird genehmigt.

**Ratspräsident Arthur Cantieni** verliest das Rücktrittsschreiben des Protokollführers Werner Vögeli. Dieser legt altershalber sein Amt auf 31. Dezember 2010 nieder. Arthur Cantieni bedauert diesen Schritt, zeigt aber Verständnis. Die Stelle wird demnächst ausgeschrieben. Er bittet die Fraktionen, bei der Suche nach einem neuen Protokollführer mitzuhelfen.

Die Würdigung des Zurücktretenden erfolgt anlässlich der Sitzung vom 17.12.2010.

Traktandum 1

**Protokollgenehmigung**

**Beschluss:**

Das Protokoll der 4. Sitzung vom Freitag, 27. August 2010 wird genehmigt.

Traktandum 2

**32    03.65.005    INNERES, Wahlen, Gemeinde  
Wahl eines Mitglieds der GPK**

**Ratspräsident Arthur Cantieni** weist darauf hin, dass diese Person dem Einwohnerrat angehören muss.

**Rolf Oster, SP** schlägt namens der SP-Fraktion Urs Weibel vor. Er ist überzeugt, dass dieser gute Ideen einbringen wird.

**In geheimer Wahl wird Urs Weibel mit 10 Stimmen zum Mitglied der GPK gewählt.**

Traktandum 3

**33 00.25.033**

**BAU, Städtische Gebäude, Eggli GB Nr. 980**

**Areal Eggli, Rückbau der Gebäude und Anlagen: Kreditantrag über Fr. 410'000**

**Ratspräsident Arthur Cantieni** verweist auf eine E-Mail vom Mark Laager, das zu diesem Thema an alle Einwohnerräte übermittelt wurde.

**Stadtpräsident Franz Hostettmann** erläutert und ergänzt die ausführliche Vorlage. Der Stiftungsrat der Windler-Stiftung beschloss 1999 beim Kauf des Areals einen Beitrag von 170'000 Franken an den Rückbau. Als die Vorlage verfasst wurde, fehlte die Bestätigung dieses Beschlusses. Inzwischen hat der Stiftungsrat beschlossen, daran festzuhalten. Von den Kosten von 410'000 Franken übernimmt die Stiftung somit diesen Betrag, sodass für die Stadt ein Nettokredit von 240'000 Franken bleibt. Der Stadtrat beantragt eine entsprechende Anpassung seines zweiten Antrages zu diesem Geschäft.

Der Stadtrat hat beschlossen für die Erarbeitung eines Nutzungskonzepts eine Kommission einzusetzen oder gegebenenfalls die Arbeitsgruppe „Verschönerung Vor der Brugg“ damit zu beauftragen. Weiter wurden die Kriterien und der ökologische, der wirtschaftliche und der soziale Aspekt festgelegt. In zwei Jahren, wenn die Ausgrabungen beendet sind, sollte ein Nutzungskonzept für das Areal Eggli vorliegen.

**Eintretensdebatte**

**André Ullmann, Pro Stein** führt aus, seine Fraktion befürworte Eintreten und werde der Vorlage zustimmen. Beim Kauf dieser Liegenschaft war die Entwicklung der Stadt erklärtes Ziel. Die Vermietung war eine Zwischenlösung, die verhindern sollte, dass zusätzliche Kosten entstehen. Archäologische Auflagen schrecken potentielle Investoren ab. Das Vorgehen ist daher sinnvoll. Zum Schluss erkundigt sich André Ullmann, wer gekündigt habe. **Stadtpräsident Franz Hostettmann** antwortet, der Stadtrat habe nicht gekündigt, die Mieter jedoch über seine Absichten orientiert.

**Urs Weibel** hält im Namen der **SP**-Fraktion den Schritt für richtig und sinnvoll. Sie begrüsst die Vorlage. Archäologische Grabungen führen bei Bauvorhaben zu Verzögerungen. Es ist daher richtig, dass die Stadt diese Arbeit vorwegnimmt. Es ist auch richtig, dass die Stadt das Areal nicht dem ersten besten verkauft, sondern gewillt ist mitzubestimmen, wie sich das Gebiet entwickeln soll. Wichtig ist, dass auf dem Areal Arbeitsplätze geschaffen werden. Die Fraktion tritt auf das Geschäft ein und wird ihm zustimmen.

**Werner Schmid, FDP** nimmt Stellung für die bürgerliche Fraktion. Auch diese findet das Vorgehen sinnvoll. Wir können während der Planungsphase die archäologischen Grabungen durchführen. Tun wir das nicht, könnten die Auflagen einen Käufer abschrecken. Die Fraktion befürwortet Eintreten und wird dem Kredit zustimmen.

**Detailberatung**

Zu Seite 1 der Vorlage erkundigt sich **Werner Schmid, FDP**, ob das Areal eingezont sei und somit gebaut werden könne. **Stadtpräsident Franz Hostettmann** bejaht.

Seite 3: **André Ullmann, Pro Stein** stellt fest, dass sich die Stadt an den Grabungskosten beteiligt. Wie sicher ist die Höhe dieser Kosten? Besteht ein Kostendach? Oder muss allenfalls mit Mehrkosten gerechnet werden? **Stadtpräsident Franz Hostettmann** antwortet, er habe die Kosten gestützt auf schriftliche Angaben der Kantonsarchäologie in die Vorlage übernommen. Er rechnet mit einer Genauigkeit von +/- 5 bis 10%.

**Ursula Knecht, FDP** erkundigt sich, ob vorgesehen sei, die Öffentlichkeit in die Grabungen mit einzubeziehen. **Stadtpräsident Franz Hostettmann** bejaht dies. Das wur-

de auch letztes Mal so gehandhabt. Die Archäologen werden die Bevölkerung zu Besichtigungen einladen; Fundstücke werden der Öffentlichkeit präsentiert. Auch der Stadtrat ist an den Ergebnissen interessiert.

**André Ullmann, Pro Stein** hält fest, für den Rückbau liege eine Offerte über 181'000 Franken vor. Im Zusammenhang mit dem E-Mail von Mark Laager wurde die Frage aufgeworfen, wer mit dem Abbruch betraut werde. André Ullmann geht davon aus, dass eine Submission erfolgen wird und lokale Unternehmen berücksichtigt werden.

**Stadtpräsident Franz Hostettmann** hat mit diesen Aussagen Mühe. Für das Erstellen der Vorlage benötigte er eine Richtofferte. Das ist aber noch nicht die Arbeitsvergabe. Bevor der Auftrag vergeben wird, werden zwei bis drei zusätzliche Unternehmen eingeladen, ihre Offerten einzureichen. Die Vergabe erfolgt auf dem üblichen Weg.

**Der Einwohnerrat beschliesst einstimmig:**

- 1. Der Einwohnerrat stimmt der Ausführung des Projekts Rückbau und archäologische Untersuchung auf dem Areal Eggli zu.**
- 2. Der Einwohnerrat genehmigt den Kredit über Fr. 410'000 Franken für die Projektausführung. Dem Beitrag von Fr. 170'000 der Jakob und Emma Windler-Stiftung wird zugestimmt.**

**Mitteilung an:**

Stadtpräsident  
Stadtschreiber  
Bauverwaltung  
Zentralverwaltung  
Ablage

Traktandum 4

**34      09.15.000      VERKEHR, Strasse, Parkplätze**  
**00.50.020      BAU, Wasserversorgung, Wasserversorgung**  
**Erweiterung Parkplatz beim Schützenhaus, Wassertransport-**  
**leitung: Kreditantrag über Fr. 30'000**

**Stadtpräsident Franz Hostettmann** erklärt einleitend, der Stadtrat sei nicht erfreut über diese Vorlage. Nachdem der Einwohnerrat den Kredit für den Ausbau des Parkplatzes beim Schützenhaus genehmigt hatte, kam nachträglich eine nicht mehr genügende Wasserleitung zum Vorschein, welche einerseits die Siedlung „Im Randen“ mit Trinkwasser versorgt, andererseits aber auch dem geplanten Zusammenschluss mit der Wasserversorgung Hemishofen dient. Der Stadtrat hätte den Kredit in eigener Kompetenz beschliessen können, legte jedoch fest, dass er das Gesuch im Sinne der Transparenz dem Einwohnerrat zur Genehmigung vorlegen wolle.

**Werkreferent Ernst Böhni** ergänzt, die Wasserversorgung plane als ein nächstes grosses Ziel den Zusammenschluss der Wasserversorgungen im ganzen oberen Kantonsteil. Als erster Schritt wird jetzt die Wasserversorgung Stein am Rhein mit derjenigen von Hemishofen zusammengeschlossen. Diese Gemeinde kann damit überschüssiges Quellwasser nach Stein am Rhein liefern. Im Schützenhaus ist eine Übergabestation geplant. Das ist eine Vorinvestition für den nächsten Schritt.

**Eintretensdebatte**

Für **André Ullmann, Pro Stein** ist die Verärgerung des Stadtrates verständlich. Von der Sache her ist keine Diskussion notwendig. André Ullmann rechnet es dem Stadtrat hoch an, dass er eine Vorlage erstellt hat. Der Zusammenschluss mit der Wasserversorgung Hemishofen ist wichtig, nicht zuletzt auch für Notfälle. Es stellt sich aber die Grundsatzfrage, wie der Stadtrat mit Vorlagen umgehe, die mehrere Referate betreffen. Die Geschäftsordnung enthält einen diesbezüglichen Artikel über das Vorgehen. So etwas darf nicht mehr vorkommen. Die Fraktion befürwortet Eintreten und wird der Vorlage zustimmen.

**Stadtpräsident Franz Hostettmann** antwortet, der Stadtrat habe sich auf den Bericht des Ingenieurs gestützt. Er hat aus diesem Fall gelernt und wird in Zukunft die Arbeit der Planer hinterfragen.

**Jörg Derrer, SP** nimmt Bezug auf seinen Vorredner. Wir alle wollen verhindern, dass am gleichen Ort zweimal gegraben werden muss. Die Fraktion befürwortet Eintreten und wird zustimmen.

**Werner Käser, FDP** erklärt, die bürgerliche Fraktion habe sich bei der Beratung der Vorlage darüber gewundert, dass die Lage dieser Wassertransportleitung nicht schon bekannt war, als der Einwohnerrat über diesen Parkplatz beriet. Richtigerweise hätte dieser Kredit damals in die Vorlage einfließen müssen, wie dies bei anderen Strassenbauvorlagen üblich ist.

Gerne hätte die Fraktion in der Vorlage auch genauere Angaben zum Abschluss der Verhandlungen mit Hemishofen gelesen. Wenn diese im September kurz vor dem Abschluss standen, könnten sie ja mittlerweile abgeschlossen sein. Damit könnte dieses Teilstück in die Gesamtvorlage Zusammenschluss mit Hemishofen einfließen.

Es ist bekannt, dass dieser Parkplatz spätestens bei Baubeginn des Parkhauses bereit stehen muss. Es macht natürlich keinen Sinn, jetzt den Parkplatz zu erstellen und darauf wenig später Grabarbeiten für eine Wasserleitung vorzunehmen. Die bürgerliche Fraktion wird deshalb auf die Vorlage eintreten.

### **Detailberatung**

**Jörg Derrer, SP** bittet den Stadtrat zu prüfen, ob genügend Strom für die Steuerung des Zusammenschlusses vorhanden oder ein Steuerkabel notwendig sei, damit nicht nachträglich Grabarbeiten durchgeführt werden müssen.

**Werner Käser, FDP** erkundigt sich über den Stand der Verhandlungen betreffend dem Zusammenschluss mit Hemishofen. **Werkreferent Ernst Böhni** antwortet, Hemishofen habe der Stadt ein Angebot mit Preisangaben unterbreitet. Die Investitionen trägt Stein am Rhein. Die Hälfte der Kosten geht zu Lasten des GWP für die Notwasserversorgung, die andere Hälfte bezahlt die Wasserversorgung. Die Ingenieure erstellen zurzeit einen Vertragsentwurf, welcher dann zuerst dem Gemeinderat Hemishofen vorgelegt wird. In Stein am Rhein diskutiert ihn zuerst die engere Wasserkommission, dann der Stadtrat und zuletzt die Wasserkommission. Unterschrieben ist noch nichts. Ernst Böhni erklärt die weiteren Schritte des Zusammenschlusses.

**André Ullmann, Pro Stein** erkundigt sich zur Finanzierung. Er geht davon aus, dass diese durch die Wasserversorgung geschieht. Also ist die Aussage auf der Skizze Seite 3 „100 m zu Lasten des Parkplatzprojektes“ falsch. **Stadtpräsident Franz Hostettmann** antwortet, die Abrechnung erfolge über das Projekt Parkplatz Schützenhaus, die Wasserleitung wird aber der Wasserversorgung belastet.

### **Der Einwohnerrat beschliesst einstimmig:**

- 1. Der Einwohnerrat stimmt der Ausführung des Projektes Einlegen des Teilstückes der Wassertransportleitung Wasserversorgung Hemishofen – Wasserversorgung Stein am Rhein im Gebiet des neu zu erstellenden Parkplatzes Schützenhaus zu.**
- 2. Der Einwohnerrat genehmigt den Baukredit über Fr. 30'000.**

### **Mitteilung an:**

Stadtpräsident  
Werkreferent  
Stadtschreiber  
Zentralverwaltung  
Ablage

Traktandum 5

- 35      00.50.000      BAU, Wasserversorgung, Grundwasser Etwilen**  
**00.50.020      BAU, Wasserversorgung, Wasserversorgung**  
**Sanierung Grundwasserpumpwerk Etwilen und Erneuerung**  
**Wassertransportleitung ab Pumpwerk Etwilen nach Stein am**  
**Rhein:**  
**Genehmigung des Projektierungskredits über Fr. 120'000**

**Werkreferent Ernst Böhni** ergänzt die detaillierte Vorlage des Stadtrates. Das Pumpwerk Etwilen muss erneuert werden. Das Pumpenhaus erhält einen Anbau, es werden neue Filterbrunnen und eine neue Transportleitung zu den Reservoirs erstellt. Die Anlage wird zusammen mit einer neuen Steuerung auf den neusten Stand der Technik gebracht. Durch die neue Transportleitung werden der Reibungsverlust und dadurch die Stromkosten verringert. Jetzt beantragt der Stadtrat die beiden Projektkredite. Zu reden gaben in der Wasserkommission die beiden Brunnen. Für diese wird der beste Standort gesucht. Allerdings muss unter Umständen wegen den Schutzzonen mit den Landwirten neu verhandelt werden. Ernst Böhni bittet den Einwohnerrat der Vorlage zuzustimmen.

**Eintretensdebatte**

**André Ullmann, Pro Stein** lobt die sehr gute stadträtliche Vorlage. Die komplexe Materie wird auch für Laien sehr gut erklärt. Es ist richtig, dass die beiden Projekte zusammengefasst werden. Die Fraktion möchte aber wissen, was mit der Wasserversorgung während der Bauzeit geschieht. Entstehen da zusätzliche Kosten?

**Jörg Derrer, SP** nimmt im Namen seiner Fraktion Stellung. Wasser von guter Qualität ist ein wichtiges Allgemeingut. Die hydrogeologischen Abklärungen sind für die Zukunft des Pumpwerkes nötig für genügend Wasser von guter Qualität. Wir benötigen bis heute keine Aufbereitungsanlage. Die Anpassung der Steuerung wird ebenfalls noch Kosten verursachen. Die Fraktion tritt auf die Vorlage ein.

**Werner Käser, FDP** führt aus, die bürgerliche Fraktion habe die Vorlage eingehend diskutiert. Die Sanierung des Pumpwerks Etwilen war dabei unbestritten, da Stein am Rhein von diesem Trinkwasser abhängig ist und sich die Stadt weder einen Ausfall der Anlage noch einen Qualitätsverlust des Trinkwassers leisten kann. Zu reden gab lediglich die Notwendigkeit der hydrogeologischen Abklärungen. Die Fraktion hofft darauf, dass die Zusage des Stadtrates eingehalten wird, wonach diese Untersuchungen stufenweise und nur so weit wie notwendig durchgeführt werden.

Die Erneuerung der Wassertransportleitung, soweit sie nicht schon im Rahmen früherer Bauprojekte realisiert wurde, macht in diesem Zusammenhang Sinn. Die Leitung ist so alt wie das Pumpwerk und so zuverlässig wie ihr schwächstes Teilstück. Aus Sicht der Fraktion ist es durchaus richtig, dass die Planung des Pumpwerks und der Transportleitung koordiniert erfolgt. Die Fraktion befürwortet deshalb Eintreten.

**Werkreferent Ernst Böhni** beantwortet die aufgeworfenen Fragen. Mit den Arbeiten wird erst begonnen, wenn der Zusammenschluss mit Hemishofen erfolgt ist und wir von dieser Gemeinde Quellwasser beziehen können. Weiter besteht bereits ein Vertrag mit der Wasserversorgung Seerücken über eine Notwasserversorgung. Die alten Brunnen, das alte Pumpwerk und die alte Leitung bleiben so lange in Betrieb, bis die Arbeiten am neuen Pumpwerk und der neuen Leitung abgeschlossen sind. Die Umschaltung auf die neue Anlage dauert dann zwei bis drei Tage. Das neue Werk arbeitet mit einer anderen Technik. Die Leistung der neuen Pumpen und die Druckverhältnisse sind anders; deshalb brauchen wir eine neue Leitung. Das hydrogeologische Gutachten stützt den

Stadtrat und die Kommission beim Fällen von Entscheidungen. Die Chefbeamten haben den Ablauf im Griff; nach der Projektierung folgt ein Baukredit.

#### **Detailberatung**

Zu Seite 3 erkundigt sich **André Ullmann, Pro Stein**, ob die Erneuerungen so geplant seien, dass Stein am Rhein noch von den kantonalen Subventionen profitieren könne, die bekanntlich etwa 2020 auslaufen. **Werkreferent Ernst Böhni** bejaht. Zentralverwalter Martin Furger achtet sehr darauf. Die Wasserversorgung wird in den nächsten zehn Jahren noch möglichst alle Grossprojekte realisieren. Dazu gehören unter anderem das Reservoir Erlen, die Wasserleitung in der Hemishoferstrasse und der Zusammenschluss mit Hemishofen. Zurzeit ist vieles in Arbeit.

#### **Der Einwohnerrat beschliesst einstimmig:**

**Der Einwohnerrat stimmt dem Projektierungskredit im Betrag von Fr. 120'000 für die Ausarbeitung eines detaillierten Bauprojekts für die Sanierung des Grundwasserpumpwerks Etzwilen und die Erneuerung der Wassertransportleitung ab Pumpwerk Etzwilen nach Stein am Rhein zu.**

#### **Mitteilung an:**

Werkreferent  
Stadtschreiber  
Zentralverwalter  
Ablage

Traktandum 6

**36 08.10.015**

**SOZIALES, Bestattungswesen, Stadtfriedhof  
Bestattungs- und Friedhofreglement, Neufassung: Antrag auf  
Genehmigung**

**Stadtpräsident Franz Hostettmann** verweist auf die Vorlage, welche unter anderem erklärt, warum das Reglement notwendig wurde. Seine Abfassung war eine aufwendige und anspruchsvolle Arbeit, welche aber ohne Beizug von Juristen mit minimalen Kosten vollendet werden konnte. Franz Hostettmann dankt der Arbeitsgruppe für ihren Einsatz. Zum Reglement teilt er mit, es bringe folgende Neuerungen:

- Gemeinschaftsgrab mit Namensnennung;
- ein offenes Urnengrabfeld;
- ein eigenes Grabfeld für Kinder;
- die Neuregelung des Grabfonds.

Andere Gemeinden verlangen von den Angehörigen einen Beitrag für den allgemeinen Friedhofsunterhalt in der Höhe von 1'500 bis 2'500 Franken. Das wurde von der Kommission einstimmig abgelehnt.

**Eintretensdebatte**

**André Ullmann, Pro Stein** berichtet, seine Fraktion bejahe die Notwendigkeit des Reglements; diese ist durch kantonale Gesetze vorgegeben. Da es nicht durch Juristen geschrieben wurde, ist es für alle gut verständlich. Die Neuerungen sind eine gute Sache, ebenfalls der Verzicht auf eine Gebühr.

**Rolf Oster, SP** führt aus, die Notwendigkeit des Reglements sei ihm erst im Laufe der Diskussionen klar geworden. Es bringt vor allem Rückendeckung für die Verantwortlichen im Bestattungswesen. Die Fraktion befürwortet Eintreten und wird zustimmen.

**Ursula Knecht, FDP** nimmt Stellung für die bürgerliche Fraktion. Diese befindet das Reglement für klar und aussagekräftig. Die Mitglieder der Arbeitsgruppe haben in acht Sitzungen eine anspruchsvolle Arbeit erledigt. Die Fraktion tritt auf das Reglement ein und wird zustimmen.

**Detailberatung**

Keine Wortmeldung zum Reglement.

Zum Tarif hat sich **Rolf Oster, SP** bei einem Friedhofgärtner erkundigt. Dieser wies darauf hin, die Preise für die Wechselbepflanzung lägen auf einem sehr tiefen Niveau. Er regt deshalb an, im Sinne der Transparenz den Begriff „einfache Bepflanzung“ in den Tarif aufzunehmen. **Stadtpräsident Franz Hostettmann** nimmt die Anregung auf und überprüft sie. **Stadtschreiber Stephan Brügel** erklärt, der Erlass des Tarifs sei Sache des Stadtrates.

**Der Einwohnerrat beschliesst einstimmig:**

**Der Einwohnerrat genehmigt das vorliegende Bestattungs- und Friedhofreglement.**

**Mitteilung an:**

Stadtpräsident

Stadtschreiber

Ablage

Traktandum 7

37 05.00.010

**KULTUR, Allgemeines, Jugend  
Regionale Jugendarbeitsstelle, Änderung der Vereinbarung:  
Antrag auf Genehmigung**

**Schulreferentin Heidi Schilling** führt aus, der Einwohnerrat habe an der letzten Sitzung den Kredit für die Weiterführung der Jugendarbeitsstelle bewilligt. Wagenhausen und Eschenz stimmten dem Vertrag ebenfalls zu. Der Gemeinderat Hemishofen verzichtet auf die Weiterführung der Vereinbarung. Er sieht auf Grund der geringen Benutzung der Beratungsstelle durch Jugendliche oder Eltern aus Hemishofen zurzeit zu wenig Nutzen für seine Gemeinde.

Es stimmt, dass vor allem bei kleinen Gemeinden während einer längeren Phase kein Bedarf an Jugendarbeit bestehen kann. Der Nutzen eines solchen Angebots zeigt sich vor allem über eine längere Zeitspanne. Sollte Hemishofen in einzelnen Fällen trotzdem die Beratungsstelle nutzen, müsste die Arbeitszeit separat verrechnet werden. Der frankenmässige Unterschied beträgt pro Jahr nur Fr. 2'500. Die letzten Rechnungsabschlüsse fielen jeweils tiefer aus als budgetiert. Deshalb können wir davon ausgehen, dass unter dem Strich keine Erhöhung der Kosten eintreten wird. Die Jugendarbeiterin Gertrud Lind wird darauf achten, bei den verschiedenen Ausgaben Kosten zu sparen. Denkbar ist auch, bei Projekten Gelder zu generieren.

Der Stadtrat bittet den Einwohnerrat die Vertragsänderung zu genehmigen.

**Eintretensdebatte**

**André Ullmann, Pro Stein** führt aus, die Vorlage habe in seiner Fraktion einige Diskussionen ausgelöst. Was ist der Grund für den Austritt Hemishofens? Wir stellen auch auf anderen Gebieten fest, dass diese Gemeinde versucht, variable Kosten zu schaffen und dass sie sich nicht an den Zentrumskosten Steins beteiligen will. Der Rückzug aus der Mitverantwortung ist nicht in Ordnung. Sollten Hemishofer Einwohner die Stelle in Anspruch nehmen, könnte eine höhere Gebühr verlangt werden. Der Rückzug hat finanziell kaum Auswirkungen. Doch was geschieht, wenn sich andere Gemeinden ebenfalls zurückziehen? Liegen von diesen Zusagen vor?

**Finanzreferentin Heidi Schilling** antwortet, 2011 werde der Vertrag für weitere drei Jahre verlängert. Stein am Rhein versucht, die Kosten im Griff zu behalten. Es wurde nie der ganze Betrag ausgeschöpft. Der Verteilschlüssel sollte beibehalten werden können. Nach drei Jahren muss die Situation neu beurteilt werden. Eschenz und Wagenhausen haben bereits zugestimmt.

**Claudia Eimer, parteilos** nimmt Stellung im Namen der SP-Fraktion. Die Änderung der Vereinbarung ist eine reine Formsache, da gibt es nur eine Zustimmung. Die Fraktion möchte das Traktandum aber nicht abhaken, ohne vorher noch einige Worte der Kritik in Richtung Hemishofen zu platzieren. Kleinheit muss nicht generell mit Kleinlichkeit gleichgesetzt werden, doch so kommt es der SP vor, wenn 2'500 Franken auf dem Buckel der Jugendlichen gespart werden. Es ist schon möglich, dass im Moment keine Schülerinnen und Schüler aus Hemishofen das Angebot der Jugendarbeitsstelle nutzen, doch das kann sich schnell ändern. Die heutige Situation entspricht einer Momentaufnahme. Es kommt einem Armutszeugnis gleich, dass die Gemeinde Hemishofen aus dem Vertrag aussteigt. Stein am Rhein, Wagenhausen und Eschenz sind auf den Partner Hemishofen nicht angewiesen, der Betrieb der regionalen Jugendarbeitsstelle ist dadurch nicht gefährdet, doch schon allein der Umstand, dass die Schüler aus Hemishofen zusammen mit ihren Kameraden aus Stein am Rhein die Oberstufe besuchen, sollte Grund genug sein, eine gemeinsame Sache, die sich bewährt hat, solidarisch weiterzuziehen. Die Jugendlichen sind mobil, deshalb müssen Infrastrukturen gemeinsam

aufrechterhalten werden. Die Kosten für die drei verbleibenden Gemeinden werden dank Einsparungen im Betrieb nicht höher. Bis heute schlossen die Rechnungen immer unter dem Budget ab. Allen Beteiligten, voran Gertrud Lind, sei an dieser Stelle dafür gedankt.

**Ursula Knecht, FDP** berichtet, die bürgerliche Fraktion habe von der Änderung der Vereinbarung Kenntnis genommen. Es ist richtig, dass aufgrund des Rücktritts die Kosten für die verbleibenden Gemeinden nicht erhöht werden, sondern dass der Aufwand durch Einsparungen vermindert wird. Die Fraktion bedauert aber den Rückzug der Gemeinde Hemishofen, denn der Betrieb der Jugendarbeitsstelle kann präventiv wirken und Jugendliche sowie deren Eltern bei Problemen wirksam unterstützen. Wichtig ist, dass die 2'5000 Franken eingespart werden. Die Fraktion tritt auf das Geschäft ein.

#### **Detailberatung**

**André Ullmann, Pro Stein** erkundigt sich zum Vertrag, wer die Arbeit der Jugendarbeiterin beurteile. **Finanzreferentin Heidi Schilling** antwortet, das sei Sache der Betriebskommission. Daraufhin stellt **André Ullmann** den Antrag, im Interesse der Klarheit Ziffer 3 des Vertrags wie folgt zu ergänzen: *Die Betriebskommission beurteilt die Arbeit der Jugendarbeiterin oder des Jugendarbeiters.* **Heidi Schilling** teilt mit, in der Betriebskommission nähmen auch Vertreter der anderen Gemeinden Einsitz. Eschenz und Wagenhausen haben dem Vertrag bereits zugestimmt. Sie ist nicht sicher, ob es rechtlich möglich ist, dass Stein am Rhein diesen einseitig abändert. Daraufhin zieht **André Ullmann** seinen Antrag zurück.

#### **Der Einwohnerrat beschliesst einstimmig:**

**Der Änderung des Vertrags zum Betrieb der regionalen Jugendarbeitsstelle bis zum 31.12.2013 wird, unter Vorbehalt des Abschlusses der Anschlussverträge, zugestimmt.**

#### **Mitteilung an:**

Gemeinde Eschenz, Hauptstrasse 88, 8264 Eschenz  
Politische Gemeinde Wagenhausen, Talacker 1, 8259 Kaltenbach  
Schulreferentin  
Stadtschreiber  
Ablage

Traktandum 8

**38     01.00.010     ERZIEHUNG, Allgemeines, Schule allgemein**  
**08.15.020     SOZIALES, Fürsorge, Mittagstisch**  
**Motion Marty, Einführung Tagesstrukturen an den Schulen**  
**Stein am Rhein: Gesuch um Fristverlängerung**

**Schulreferentin Heidi Schilling** führt aus, der Einwohnerrat habe an der letzten Sitzung dem Stadtrat den Auftrag gegeben, weitere Abklärungen zu treffen. Aktuell wird an der Konzepterarbeitung für den Mittagstisch der Primarstufe gearbeitet. Nächste Woche findet eine erste Sitzung statt mit Frau Köppel, Konzeptentwicklerin Kita, mit dem Schulleiter der Primarschule und mit einer Vertretung des Elternrats. Anschliessend tagt die Arbeitsgruppe Tagesstrukturen am 10. November 2010.

Das Ziel ist es, zügig weiter zu fahren, um dem Einwohnerrat möglichst bald einen Bericht über die Einführung eines Mittagstisches für die Primarstufe vorzulegen. Anschliessend wird die Konzeptentwicklung für das Mittagstischbistro an der Oberstufe an die Hand genommen. Es sind grössere Abklärungen notwendig, doch bis Ende Jahr 2010 sollte der Teil für die Primarstufe vorliegen. Der Einwohnerrat wird dann davon hören.

**Eintretensdebatte**

**André Ullmann, Pro Stein** führt aus, seine Fraktion habe das Gesuch zur Kenntnis genommen. Es wurde schon früher erwähnt, dass die Frist von sechs Monaten in vielen Fällen nicht möglich sein wird. Mit dieser Bestimmung in der Geschäftsordnung wollte man Druck aufsetzen, damit der Stadtrat die Geschäfte zügig an die Hand nimmt. Die Fraktion wird der Fristverlängerung zustimmen. Sie vermisst im Antrag aber Angaben zur Dauer. Ein Termin wäre wünschenswert. **Stadtschreiber Stephan Brügel** erklärt, das sei in der Geschäftsordnung nicht geregelt. **André Ullmann** bemängelt das. **Schulreferentin Heidi Schilling** erklärt, Frau Köppel habe das Papier bis zum Jahresende bereit. Bis zur nächsten Einwohnerratssitzung ist das Geschäft jedoch nicht bereit. Die Kommission arbeitet aber zügig weiter.

**Urs Weibel, SP** berichtet, die Fraktion werde der unbefristeten Verlängerung zustimmen. Gegebenenfalls wird sich der Rat auf eine Frist einigen können.

**Franz Marty, CVP** ging letztes Mal davon aus, dass nach der sauberen Deklaration alles klar sei. Er hat sich aber belehren lassen. Selbstverständlich wird die bürgerliche Fraktion der Verlängerung zustimmen. Persönlich erkundigt er sich, ob die Arbeitsgruppe erweitert werde. Das wäre ein Wunsch. **Schulreferentin Heidi Schilling** antwortet, für den Mittagstisch der Primarschule werde der Schulleiter beigezogen. Dann muss man weiterschauen. **André Ullmann, Pro Stein** beantragt eine Frist bis Mitte 2012. Das ist sinnvoll, denn auf diesen Zeitpunkt wird das Schuljahr abgeschlossen. Da zu diesem Antrag keine Diskussion verlangt wird, geht **Einwohnerratspräsident Arthur Cantieni** davon aus, dass der Rat damit einverstanden ist.

**Der Einwohnerrat beschliesst einstimmig:**

**Der Einwohnerrat stimmt der Fristverlängerung für die Bearbeitung der Motion Marty bis 30.06.2012 zu.**

**Mitteilung an:**

Schulreferentin  
Stadtschreiber  
Ablage

Traktandum 9

39 06.20.010  
01.05.005

**PERSONAL, Schulen, Lehrkräfte**

**ERZIEHUNG, Personelles und Material, Lehrpersonen allgemein**

**Motion Franz Marty: Änderung des städtischen Besoldungsreglements: Ersatzlose Streichung der Gemeindezulage für neu einzustellende Lehrpersonen.**

**Einwohnerratspräsident Arthur Cantieni** führt aus, die Motion sei fristgerecht eingereicht und inzwischen leicht abgeändert worden.

Der Motionär **Franz Marty, CVP** bemerkt einleitend, er habe schon 2006 die gleiche Motion eingereicht, welche damals mit der Begründung abgelehnt wurde, der Zeitpunkt sei schlecht. Jetzt fahren durch Änderungen beim Finanzausgleich die Gemeinden schlechter, welche noch eine Zulage ausrichten. Der ursprüngliche Grund der Gemeindezulagen, die am Ort wohnenden Lehrpersonen zu belohnen, ist durch übergeordnetes Recht hinfällig geworden. Im Kanton Schaffhausen richten mittlerweile nur noch sechs Gemeinden solche Zulagen aus. Mit dieser Massnahme können wir 200'000 Franken einsparen. Darum bittet er die Ratskollegen, seine Motion zu überweisen.

**Schulreferentin Heidi Schilling** erklärt, die Gemeindezulagen für Lehrpersonen hätten heute eine andere Bedeutung als früher. So besteht aufgrund der Niederlassungsfreiheit kein Wohnortszwang mehr am Arbeitsort.

Der Lehrermangel ist akut - vor allem an der Oberstufe, zunehmend aber auch an der Primarstufe. Männliche Lehrpersonen sind mittlerweile eine Rarität; dies hat nicht zuletzt mit der Entlöhnung und mit der unsicheren Entwicklung der Löhne zu tun. Das Interesse bei jungen Leuten, den Lehrerberuf zu wählen, ist nicht sehr gross. Junglehrerinnen und Junglehrer, welche alle ein Hochschulstudium absolviert haben, wandern nach wenigen Jahren Schuldienst in die Wirtschaft ab oder werden von Firmen abgeworben. Der Übertrittsentscheid fällt meistens leicht, sind doch die Bedingungen betreffend Lohn, Arbeitsbelastung, Erwartungen und Ansehen in Industrie, Handel und Gewerbe teilweise bedeutend besser. Es ist eine Tatsache, dass die Lohnentwicklung im Bildungsbereich im Vergleich zu anderen Branchen schlecht ist. Die Lehrpersonen erleben in ihrem Alltag einen Rechtfertigungsdruck gegenüber der Gesellschaft. Viele gesellschaftliche Aufgaben werden an die Schule und damit an die Lehrpersonen delegiert. Individuelle Erwartungen von Seiten der Eltern erhöhen den Druck ebenfalls. Kontroverse Anforderungen von "Mehr Härte" bis zur "Laissez-faire-Pädagogik" prägen den Berufsalltag.

Wegen dem sehr aktuellen Personalmangel unterrichten im Kanton Zürich zurzeit Studenten der pädagogischen Hochschule bereits vor ihrem Abschluss und dem Erlangen der notwendigen Zeugnisse an der Volksschule. Dies erinnert an die Situation in den 60er-Jahren, als manche Klassen pro Jahr bis zu einem Dutzend Lehrerwechsel erlebten.

Aufgrund dieser unerfreulichen Situation beabsichtigt der Kanton Zürich, zur lohnmassigen Attraktivierung des Lehrerberufs die Lehrerlöhne um bis zu 10'000 Franken jährlich anzuheben. Dies verstärkt die Wettbewerbssituation zu Ungunsten des Kantons Schaffhausen als Nachbarkanton. Gemeinden, die ihren Lehrpersonen eine Gemeindezulage von maximal fünf Prozent ausrichten, sind bei Stellenbesetzungen im Vorteil. Im Kanton Schaffhausen beziehen Lehrpersonen in Neuhausen, Beringen, Rüdlingen/Buchberg, Stetten und Stein am Rhein Gemeindezulagen. Schaffhausen und Thayngen verzichten darauf, den neu eingestellten Lehrpersonen die Gemeindezulagen zu vergüten.

Wenn die Ungleichbehandlung der Lehrpersonen in den verschiedenen Gemeinden wirklich ein Thema wäre, müssten auf kantonaler Ebene die Grundlagen geschaffen werden. Die notwendigen Entscheide müssten auf Kantonsebene erarbeitet und getroffen werden. Kantonsrat Marty hätte die politischen Mittel, die Änderungen von kantonalen Gesetzen und Dekreten anzuregen und in Gang zu bringen. Nur so sind die Gleichberechtigung und die Gleichbehandlung aller Lehrpersonen sichergestellt. Die einseitige Aufhebung auf kommunaler Stufe bei neu einzustellenden Lehrerinnen und Lehrern wird als Affront und als Diskriminierung empfunden. Alle Lehrpersonen, auch neu eingestellte und Berufseinsteiger nehmen mit hohem Berufsethos und mit grossem Einsatz ihre Aufgaben wahr. Zudem will und muss die Stadt gegenüber ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ein verlässlicher Partner sein. Die ebenfalls angesprochene Ungleichbehandlung gegenüber den übrigen Angestellten in Verwaltung und Werken kann nicht angeführt werden. Die Lohnbänder und die Lohnbemessungen beruhen auf anderen Grundlagen und haben bei der Erarbeitung des Anstellungs- und Besoldungsreglements keine Rolle gespielt. Warum jetzt also die Neubeurteilung? Ein wirklich ersichtlicher Grund ist nicht auszumachen.

Der Betrag von 200'000 Franken ist nach Meinung des Stadtrates sinnvoll eingesetzt. Damit drücken der Stadtrat und der Einwohnerrat ihre Wertschätzung für eine Berufsgruppe aus, die in einem schwierigen Umfeld arbeitet und setzt in Zeiten des Lehrermangels das richtige Zeichen. Auf die Gemeindezulage bei neu eintretenden Lehrpersonen zu verzichten, würde zu geringen Einsparungen führen, der Schaden jedoch wäre gross.

Der Stadtrat befürwortet die Gemeindezulage für alle Lehrerinnen und Lehrer als Standortvorteil und als Zeichen der Wertschätzung. Er bittet den Einwohnerrat, die Motion nicht zu überweisen.

### **Diskussion**

**André Ullmann, Pro Stein** führt aus, auf den ersten Blick sei die Ortszulage ein alter Zopf, der abgeschafft werden kann. Auch die Sparbemühungen sind auf den ersten Blick zu begrüßen, auf den zweiten Blick aber geht der Schuss im jetzigen Moment nach hinten los. Vor der Abänderung bezog sich die Motion auf alle Lehrpersonen. Damit war der eingesparte Betrag von 200'000 Franken richtig. Das hätte aber zu Änderungskündigungen geführt. Jeder Lehrer hätte sich überlegen müssen, ob er weiterhin in Stein am Rhein arbeiten will. Darum hat Franz Marty wahrscheinlich auch die Motion abgeändert. Pro neuen Lehrern sparen wir zwar 5'000 Franken, die Inseratekosten für die Suche neuer Lehrer hingegen betragen ein Mehrfaches davon. Die Motion ist richtig, der Zeitpunkt aber falsch.

**Claudia Eimer, parteilos** berichtet, Motionen seien immer gut, damit man über Themen diskutiert, die man zu den alten Zöpfen zählt. Die Gemeindezulage gehört sicher dazu. Im Dezember 2006 wurde eine Motion zum gleichen Thema vom Einwohnerrat beraten und abgelehnt. Damals war die Ausgangslage etwas anders, lag doch die Abstimmung über das neue Schulgesetz mit einer einheitlichen kantonalen Regelung noch vor uns. Inzwischen wurde das Gesetz aber abgelehnt; jede Gemeinde kann selber entscheiden, ob sie eine Ortszulage ausrichten will oder nicht. Viele kleinere Gemeinden können sich die Zulage finanziell nicht leisten. Stein am Rhein gehört zu denjenigen, welche eine solche noch ausrichten.

Die Ortszulage wurde eingeführt, um eine Abwanderung der Lehrkräfte in die Nachbarkantone Zürich und Thurgau mit ihren höheren Löhnen und in die Privatwirtschaft zu verhindern. Es ging um die Attraktivität eines Standortes, aber auch um die Attraktivität eines Berufes. Nahezu alle anderen Gemeinden im Kanton Schaffhausen haben die

Ortszulagen abgeschafft; auch im Nachbarkanton Zürich werden keine solchen mehr ausgerichtet. Doch gemäss Auskunft des Lohnbeauftragten sind die Zulagen in anderer Form im Lohn eingebaut. Zudem debattiert der Kanton Zürich über eine Lohnrevision, die gute Chancen hat, angenommen zu werden. Damit würden die Anfangslöhne der Lehrpersonen in diesem Kanton ab 2011 um 10'00 Franken jährlich erhöht.

Der Zeitpunkt, in Stein am Rhein die Zulage zu streichen, ist nach Meinung der Fraktion denkbar schlecht. Es herrscht Lehrermangel, alle Gemeinden bekunden Mühe, ihre Stellen adäquat zu besetzen. Die Ortszulage bedeutet einen Standortvorteil im Vergleich mit anderen Gemeinden im Kanton. Der Lohn ist ein entscheidendes Kriterium bei der Auswahl einer Stelle. Vor allem die Löhne für JunglehrerInnen sind im Kanton Schaffhausen nicht attraktiv genug, um mit den Nachbarkantonen mithalten zu können. Mit der Ortszulage hinken wir zwar immer noch hinterher, aber der Unterschied ist nicht mehr so gross. Die Zulage kann auch als Wertschätzung der Arbeit gesehen werden. Uns darf nicht egal sein, wer unsere Kinder unterrichtet. Wir möchten weiterhin Lehrer die motiviert und engagiert sind, die gut ausgebildet sind und gerne hier arbeiten. Ob unsere Kinder gerne zur Schule gehen, ob wir eine Schule für gut oder weniger gut befinden, hängt vor allem von den Lehrerinnen und Lehrern ab. Sparen wir also nicht am falschen Ort, behalten wir die Ortszulage bei. Zudem nimmt der Kanton mit dem Schulgesetz einen neuen Anlauf; darin werden auch die Ortszulagen geregelt. Wir können also abwarten, bis eine im ganzen Kanton gültige Regelung in Kraft tritt.

Zum Schluss fügt Claudia Eimer noch eine Bemerkung an. Der zweite, per Mail zugestellte Motionstext ist keine Präzisierung, sondern eine Änderung der Motion.

Die SP-Fraktion wird der Motion nicht zustimmen,

**Ursula Knecht, FDP** erklärt, die Gemeindezulage sei nicht nur für Lehrpersonen geschaffen worden, die sich am Schulort niederliessen, sondern auch um ländlichen Gemeinden oder solchen, die nahe am Hochlohnkanton Zürich liegen, die Chance zu bieten, trotz erschwerten Bedingungen Lehrpersonen zu finden.

Die Problematik des Lehrermangels ist uns allen bewusst. Jetzt und auch in Zukunft wird es enorm schwierig sein, Lehrpersonen für die Sekundarstufe 1 zu finden, vor allem für die Fächer Französisch, Mathematik und Naturwissenschaften, aber auch für die Hauswirtschaft, da die benötigte Anzahl Lehrpersonen fehlt. Dieser Mangel wird noch dadurch verschärft, dass im Kanton in den nächsten Jahren viele Lehrpersonen in Pension gehen. Diese müssen alle ersetzt werden. Weiter war es bis vor zwei Jahren möglich, aufgrund fehlender Schweizer Lehrpersonen für die Sekundarstufe 1 solche aus Deutschland zu rekrutieren. Das ist jetzt vorbei, denn Deutschland hat selber zu wenige Lehrkräfte. Der Lehrermangel ist noch lange nicht auf dem Höhepunkt, die Problematik wird sich noch verstärken. Zurzeit ist es vor allem die Sekundarstufe 1, später wird es auch die Primarstufe treffen. Der Kanton Zürich konnte diesen Sommer nur mit Mühe alle Stellen besetzen. Es mussten pensionierte Lehrpersonen zurückgeholt werden und noch nicht fertig Ausgebildete mussten sich vor Schüler stellen.

Gerade jetzt wo Lehrermangel herrscht, möchte Franz Marty die Gemeindezulagen für neu eintretende Lehrkräfte streichen. Das ist ein falsches Zeichen. Wir müssen alles tun, um unsere engagierten Lehrpersonen zu behalten und für neu eintretende den Beruf attraktiv zu halten. Wir wollen keine Abwanderung oder Stellen, die wir nicht besetzen können. Uns allen muss eine gute Schule mit engagierten Lehrpersonen, die sich für die Schule und für Ihre Schülerinnen und Schüler einsetzen, ein prioritäres Ziel sein.

Der Kanton Zürich hat gemerkt, dass er etwas gegen den Lehrermangel tun muss. Auf den 1. Januar 2011 will er die Lehrerlöhne erhöhen, vor allem für Berufseinsteiger. Zusätzlich werden weitere Möglichkeiten zur Attraktivierung geprüft:

- Die Möglichkeit zum Erwerb kantonaler Lehrbefähigungen für zusätzliche Fächer (heute wird eine Lehrperson nur noch in vier Fächern ausgebildet und kann auch nur diese unterrichten);
- Angebote für einen erleichterten Stufenumstieg von der Primarschule zur Sekundarschule;
- Überprüfung des Fächerprofils;
- eventuell gibt es neue Fächerprofile in der Ausbildung der Sekundarlehrpersonen.

Auch der Kanton Schaffhausen hat reagiert. Er investiert im Moment sehr viel Geld in die Lehrerausbildung, das heisst in die pädagogische Hochschule Schaffhausen. Der Lehrerberuf soll Wertschätzung erfahren, es soll sich lohnen, in diesen wunder- schönen Beruf einzusteigen.

Und wir? Wollen wir wirklich die Gemeindezulage für neu anzustellende Lehrpersonen streichen? Wollen wir wirklich die kleine Möglichkeit aufs Spiel setzen, gegenüber unseren Nachbarn etwas konkurrenzfähiger zu sein? Wir werden in den kommenden Jahren immer wieder neue Lehrpersonen benötigen. Wir alle wollen gut ausgebildete und engagierte Leute finden. Mit der Streichung der Gemeindezulage setzen wir ein falsches Zeichen, und dies nicht nur in Stein am Rhein, sondern regional. Sind die Einwohner bereit, eventuelle Auswirkungen auf den Schulstandort Stein am Rhein zu verantworten? Ursula Knecht hofft, dass sich die Ratsmitglieder gegen die Motion entscheiden und ihre Wertschätzung gegenüber den jetzigen und zukünftigen Lehrpersonen aufrechterhalten. Sie bittet mit der Ablehnung der Motion Franz Marty das richtige Zeichen zu setzen.

**Franz Marty, CVP** bringt etliche Korrekturen an:

Es gibt kein kantonales Dekret, die Gemeinden sind frei, die Gemeindezulage abzuschaffen;

- für ihn war schon bei der ersten Motion klar, dass die Gemeindezulage nur für neue Lehrpersonen abgeschafft werden sollte;
- die Zahlen stimmen klar nicht, in 20 Jahren wird es anders sein;
- die Ausbildung ist schweizweit geregelt, da können wir nichts unternehmen, nichts ändern;
- es wird behauptet, die Schule müsse immer mehr Aufgaben übernehmen; das ist anders, die Schule reisst diese an sich;
- die Aussage, die Gemeindezulage sei eingeführt worden, um den Lehrermangel zu beheben, ist falsch; diese wurde eingeführt, damit die Lehrer in der Gemeinde Wohnsitz nehmen, in der sie arbeiten. Neben ihrer Arbeit nahmen sie noch andere Funktionen in der Gemeinde wahr. Das ist heute bis auf wenige löbliche Ausnahmen nicht mehr so.

In zwei Jahren sind Wahlen. Eine Volksinitiative wie in Thayngen wäre denkbar.

**Der Einwohnerrat beschliesst:**

**Der Einwohnerrat lehnt mit 9 gegen 1 Stimme die Überweisung der Motion Franz Marty ab.**

Traktandum 10

**40 03.20.000 INNERES, Einwohnerrat, Einwohnerrat  
Allgemeine Umfrage**

**Einwohnerratspräsident Arthur Cantieni** verweist auf die nächste Sitzung am 17. Dezember 2010. Er möchte neben dem Budget und den Bürowahlen möglichst wenig Geschäfte traktandieren, da die Beratung des Budgets immer sehr viel Zeit beansprucht. Er sieht vor, den Sitzungsbeginn auf 19.30 Uhr anzusetzen. Aus der Mitte des Rates erhebt sich dagegen keine Opposition.

**Rolf Oster, SP** erkundigt sich beim Baureferenten, ob auf der Baustelle Kramhof an der Wagenhauserstrasse ein Baustopp verhängt worden sei. **Beat Hug** antwortet, es sei ein Projekt eingereicht worden, welches zurzeit beim Stadtrat liegt.

**André Ullmann, Pro Stein** bittet, in Zukunft den Terminplan für die Sitzungen des folgenden Jahres wenn möglich schon im Oktober vorzulegen. **Einwohnerratspräsident Arthur Cantieni** nimmt das zur Kenntnis. Er wird versuchen, nächste Woche mit dem Stadtschreiber die Termine festzulegen. **Stadtpräsident Franz Hostettmann** erklärt, der Stadtrat werde am nächsten Mittwoch die Termine verabschieden. Dann werden sie baldmöglichst zugestellt.

**Jörg Derrer, SP** ist aufgefallen, dass der Spatenstich für die Sanierung der Quellen im Himmelrich noch immer nicht erfolgt ist. **Werkreferent Ernst Böhni** erklärt, die Unternehmer hätten ihre Angebote eingereicht. Die Gebäudeversicherung hat eine Subvention von 12,5% zugesagt, richtet diese aber erst aus, wenn die Schutzzonen auf deutschem Hoheitsgebiet ausgeschieden sind. Die provisorischen Schutzzonen sind eingerichtet, aber noch nicht genehmigt. **Stadtschreiber Stephan Brügel** ergänzt, Deutschland habe ein anderes System als die Schweiz. Sie bewilligen nach Fertigstellung der Baute, in Schaffhausen ist das umgekehrt. Er wird zusammen mit den Ingenieuren nächste Woche versuchen einen Schritt weiterzukommen und mit Schaffhausen und Konstanz eine Regelung zu finden. Das Recht der beiden Staaten ist leider nicht kompatibel.

Schluss der Sitzung 22.05 Uhr

Stein am Rhein, 18. November 2010

Der Protokollführer  
Werner Vögeli